

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).



Newsletter Regina Jäck

Wahlkreisabgeordnete
für Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit herzlichen Grüßen übersende ich Ihnen meinen aktuellen Newsletter, in dem ich Ihnen von meiner Arbeit in der Bürgerschaft und im Wahlkreis berichte. In dieser Legislaturperiode bin ich Mitglied im Sozialausschuss, im Gleichstellungsausschuss und im Haushaltsausschuss. Im Kulturausschuss bin ich ständige Vertreterin.

Gewalt gegen Frauen war Thema in der Aktuellen Stunde der Bürgerschaft, ein

Thema, das erschreckenderweise wegen der gestiegenen Zahl der Fälle sehr aktuell ist. Opfer und Täter kommen aus allen sozialen und gesellschaftlichen Bereichen – es liegt daher an uns allen, gemeinsam und konsequent dafür zu sorgen, dass die Gewalt gegenüber Frauen endlich aufhört.

Wir haben im weiteren Verlauf der Bürgerschaftssitzung den Weg für eine neue Oper in der Hafencity frei gemacht. Außerdem haben wir Mittel für das Zentrum für Teilhabe umgeschichtet, damit dieser große Schritt zu mehr Inklusion in Hamburg gemacht werden kann.

Herzliche Grüße

Regina Jäck

Save the Date: Bürgerschafts- besuch am 10. Dezember	Nächste Sitzung der Bürgerschaft am 10. Dezember	Infostand in Bramfeld am 5. Dezember, 10-12 Uhr
Bürgerschaftsbesuch mit Rathausführung am 10. Dezember. Anmeldung und weitere Infos unter buero@regina-jaeck.de	Unter der Seite Livestream - Hamburgische Bürgerschaft kann die Sitzung am Sitzungstag live verfolgt werden. Für gehörlose Menschen gibt es eine Übertragung in Gebärdensprache.	Was sind Ihre Themen und Fragen? Treffen Sie mich und meine KollegInnen aus der Bürgerschaft am Infostand auf dem Bramfelder Marktplatz.

Jeder Femizid ist einer zu viel: Geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen, Selbstbestimmung von Frauen stärken



Am 26. November, dem Orange Day, haben wir im Rahmen der Aktuellen Stunde der Hamburgischen Bürgerschaft über Gewalt gegen Frauen debattiert. Das am 21. November vom Bundeskriminalamt veröffentlichte Lagebild verdeutlicht, dass auch im vergangenen Jahr die polizeilich erfasste Gewalt gegen Frauen weiter zugenommen hat. Wir haben das Thema unter dem Titel „Jeder Femizid ist einer zu viel: Geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen, Selbstbestimmung von Frauen stärken“ gemeinsam mit den Grünen angemeldet.

Dazu Claudia Loss, unsere Expertin für Opferschutz: „Die Zahlen sind erschreckend: 308 Frauen waren 2024 Opfer eines Tötungsdelikts durch ihren (Ex-)Partner. Über 53.000 Frauen und Mädchen wurden Opfer von

Sexualstraftaten und mehr als 187.000 Frauen waren von häuslicher Gewalt betroffen. Ob im eigenen Zuhause oder im digitalen Raum – die Gewalt gegenüber Frauen nimmt seit Jahren zu. Es ist zudem davon auszugehen, dass die Dunkelziffer bei diesen Taten noch deutlich höher liegt.

Um Frauen einen einfacheren und sicheren Ausstieg aus gewaltsamen Beziehungen zu ermöglichen, haben wir in den vergangenen Jahren insbesondere die Frauenhäuser gestärkt und die Platzkapazitäten erhöht sowie uns mit einer Bundesratsinitiative dafür eingesetzt, dass Betroffene bei häuslicher Gewalt einfacher aus gemeinsamen Mietverträgen aussteigen können.

Gleichzeitig wollen wir auch künftig Präventionsprogramme und Unterstützungsmöglichkeiten gemeinsam mit den Opferverbänden weiter stärken und das Gewalthilfegesetz konsequent für Hamburg nutzen.

Und: Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, in § 211 Strafgesetzbuch ein eigenes Mordmerkmal für geschlechtsspezifische Tatmotive zu verankern, um bei Femiziden eine schuldangemessene, härtere Bestrafung zu ermöglichen. Gewalt gegen Frauen ist kein Randthema, sondern betrifft uns alle. Opfer und Täter kommen aus allen sozialen und gesellschaftlichen Bereichen – es liegt daher an uns allen, gemeinsam und konsequent dafür zu sorgen, dass die Gewalt gegenüber Frauen endlich aufhört.“

Gewalt im eigenen Zuhause: Bundesratsinitiative wichtiger Schritt

In der Landespressekonferenz am 25. November hat die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz den aktuellen Stand zu einer Bundesratsinitiative zum Thema häusliche Gewalt vorgestellt. Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen hatten im Juli in einem gemeinsamen Antrag den Senat ersucht, eine Initiative einzubringen, mit der Betroffene von häuslicher Gewalt einen gemeinsam mit dem Täter geschlossenen Mietvertrag künftig leichter auflösen können. Die SPD-Fraktion Hamburg begrüßt die Bemühungen der Justizbehörde ausdrücklich.

Dazu Sarah Timmann, unsere justizpolitische Sprecherin: „Wer in seinem eigenen, eigentlich als sicher empfundenen Zuhause Gewalt erfährt, befindet sich in einer extrem belastenden und herausfordernden

Situation. Ein Auszug und die Distanzierung vom Täter sind Schritte, die von den Betroffenen enorme Kraft abverlangen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Opfer häuslicher Gewalt auch nach dem Auszug noch monatelang für die Miete haften und sich unter erheblichem Kostenrisiko zivilrechtlich aus dem Mietvertrag klagen müssen.

Gerade vor dem Hintergrund der auch 2024 gestiegenen Zahlen häuslicher Gewalt gegenüber Frauen und der hohen Zahl an Femiziden ist die Bundesratsinitiative ein wichtiger Schritt. Studien zeigen deutlich: Erst durch die räumliche Trennung von Täter und Opfer kann eine Gewaltspirale oft wirksam durchbrochen werden. Umso wichtiger ist es, dass Betroffene schnell, rechtssicher und möglichst unkompliziert aus Mietverträgen herauskommen können.“

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen: Hamburg zeigt Flagge!



Foto: Hamburgische Bürgerschaft/Constanze Schneider

Die Vereinten Nationen haben den 25. November zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen erklärt, um das Thema weltweit in die Öffentlichkeit zu rücken. In Hamburg haben unsere Bürgerschafts-präsidentin Carola Veit und Sozial-Staatsrätin Funda Gür gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Opferhilfelandchaft die Flagge „Hamburg sagt Nein zu Gewalt gegen Frauen“ am Rathaus gehisst. Mit einem Senatsempfang im Kaisersaal hat der Senat

zudem das Engagement all jener gewürdigt, die gewaltbetroffene Frauen und Mädchen unterstützen und ihnen Wege in ein sicheres Leben eröffnen.

Unsere Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit: „Fast jeden Tag wird in Deutschland eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist. Mit dem Tag gegen Gewalt an Frauen zeigen wir in Hamburg: Wir stehen an der Seite der Opfer. Wir haben in Hamburg bereits ein starkes Netz aus Hilfsangeboten für Frauen, denen Gewalt angetan wurde, und sind dabei, es auszubauen: In der Bürgerschaft werden am Mittwoch Anträge zur wissenschaftlichen Erfassung geschlechtsspezifischer Gewalt diskutiert. Wir werden weiter alles dafür tun, Betroffene zu schützen.“

Staatsrätin Funda Gür: „Gewalt gegen Frauen geht uns alle an. Und wir müssen klar sagen: Verantwortung tragen die Täter! Hamburg stärkt den Opferschutz, damit betroffene Frauen schnell und sicher Unterstützung finden. Weil häusliche Gewalt so oft im Verborgenen stattfindet, richten wir uns auch an Männer, die Gewalt ausüben, und bieten Unterstützung an – damit Gewalt endet und weitere Übergriffe gegen Frauen verhindert werden. Jede Betroffene soll wissen: Hilfe ist da.“

Stärkung der Schutzangebote: Um von Gewalt betroffenen Frauen zu helfen, setzt Hamburg auf eine gut ausgebaute Opferhilfelandchaft, die weiter gestärkt wird. Ein besonderer Meilenstein ist das seit 2024 bestehende **7. Frauenhaus** „Kumi – Psychosoziales Frauenhaus Hamburg“. Es richtet sich an gewaltbetroffene Frauen mit psychischen Erkrankungen und ist mit diesem Konzept bundesweit einzigartig. Das Gebäude wurde von der Reimund C. Reich Stiftung gespendet. Das neue Frauenhaus wird vom Diakonischen Werk Hamburg-West/Südholstein betrieben und größtenteils durch die Stadt Hamburg finanziert. Es bietet bis zu elf Frauen eine spezialisierte Unterbringung, Beratung und Begleitung in ein gewaltfreies Leben.

Andrea Makies, Geschäftsführerin Diakonisches Werk Hamburg-West/Südholstein: „Mit dem Angebot speziell für psychisch erkrankte Frauen schließen wir eine Lücke im bisherigen Schutzangebot, da viele von Gewalt betroffene Frauen durch die oft lang andauernde Misshandlung psychische Krankheiten wie Depressionen und Angststörungen entwickeln. Diese Frauen benötigen besondere Unterstützung, die wir ihnen durch spezialisierte Sozialpädagoginnen und eine Psychologin zukommen lassen.“

Zudem wurden die Kapazitäten der zentralen **Notaufnahme „24/7“** um fünf Plätze erweitert; dort stehen nun 20 Schutzplätze zur Verfügung. Insgesamt gibt es in Hamburgs Frauenhäusern derzeit 265 Plätze für schutzsuchende Frauen. Erstmals steht auch ein erster Schutzplatz für von häuslicher Gewalt betroffene Männer und nicht-binäre Personen zur Verfügung; zwei weitere Plätze folgen zeitnah.

Die Hamburger Opferhilfelandchaft: In Hamburg gibt es eine breit aufgestellte Opferhilfelandchaft, in der öffentliche und freie Träger Schutz, Beratung und Begleitung für Betroffene anbieten. Zahlreiche Beratungsstellen unterstützen Menschen, die Gewalt erfahren haben, darunter die **Opferhilfe Hamburg e. V.**, die durch Gewalterlebnisse traumatisierte Erwachsene berät, oder der **Frauennotruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen**. Interkulturelle Beratungsstellen wie **i.bera** oder **LÄLE** beraten Betroffene mit Migrationshintergrund in ihrer Muttersprache und unterstützen bei häuslicher Gewalt und Zwangsverheiratung. Die Interventionsstelle **Intervento** bietet von

häuslicher Gewalt oder Stalking Betroffenen proaktiv Unterstützung und Beratung an. Alle Angebote sind für die Ratsuchenden kostenlos und auch anonym nutzbar. Bis auf den Frauennotruf richten sich alle Angebote auch an von Gewalt betroffene Männer und alle beraten auch LSBTI*-Personen. Opfer von Menschenhandel erhalten Unterstützung über die Koordinierungsstelle **KOOFRA e. V.**, die Beratung und Begleitung bei sexueller oder wirtschaftlicher Ausbeutung bietet.

Eine Übersicht über die Hamburger Opferhilfelandchaft ist unter [Opferschutz - hamburg.de](https://Opferschutz-hamburg.de) zu finden.

Angebote der Prävention: Mit **StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt** gibt es zudem ein sozialraumorientiertes Präventions- und Interventionsprojekt, das in Hamburger Stadtteilen aktiv ist. **StoP** setzt auf nachbarschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit, um Partnergewalt sichtbar zu machen und zu verhindern. Geschulte Koordinatorinnen arbeiten mit Ehrenamtlichen zusammen und ermutigen Nachbarinnen und Nachbarn, hinzusehen und aktiv zu werden.

Täterarbeit im Fokus: Die gezielte Ansprache von Tätern ist entscheidend, da häusliche Gewalt überwiegend von Männern ausgeht. Prävention und frühzeitige Intervention können Gewalt verhindern. Beratungsstellen wie die Täterberatungsstelle **BeTA**, das Jungenpräventionsprojekt **comMITment** und weitere spezialisierte Angebote unterstützen Jungen und Männer dabei, gewaltfördernde Verhaltensweisen zu erkennen, Verantwortung zu übernehmen und alternative, gewaltfreie Handlungsstrategien zu entwickeln. In Zusammenarbeit mit der Innenbehörde sowie der Beratungsstelle **BeTA** bereitet die Sozialbehörde derzeit ein Beratungsangebot vor, das Täter häuslicher Gewalt zeitnah nach einer Tat anspricht und ihnen Wege aus der Gewalt aufzeigt.

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Sozialbehörde mit der preisgekrönten Kampagne „**600 Minuten Nachspielzeit - Echte Männer holen sich Hilfe!**“ das Thema breit in die Öffentlichkeit getragen. Unterstützt vom HSV wurde bei einem Heimspiel eine symbolische Nachspielzeit von „600 Minuten“ eingeblendet – ein Zeitraum, in dem laut Studien die Gefahr häuslicher Gewalt nach Fußballspielen besonders hoch ist. Die Kampagne machte gewaltfördernde Verhaltensmuster und toxische Männlichkeitsbilder sichtbar und zeigte Unterstützungsmöglichkeiten auf.

Umsetzung des Gewalthilfegesetzes: Bei der Umsetzung des im Februar 2025 verabschiedeten Gewalthilfegesetzes setzt die Sozialbehörde auf enge Zusammenarbeit mit der Opferhilfelandchaft, insbesondere mit Fachberatungsstellen und Schutzunterkünften. Bei Auftaktworkshops im September wurden zentrale Themen wie Personal, räumliche Ausstattung, Erreichbarkeit, Zielgruppen, Gewaltphänomene und Vernetzung gemeinsam diskutiert. Der Austausch soll fortgesetzt und vertieft werden, damit die Expertise der Akteurinnen und Akteure in das Landesgesetz und die Entwicklungsplanung einfließen kann. Im kommenden Jahr wird der Dialog auf Partner aus angrenzenden Hilfesystemen ausgeweitet.

Hilfe bei Gewalt: Das bundesweite [Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen"](https://Hilfetelefon-Gewalt-gegen-Frauen.de) steht rund um die Uhr von Gewalt betroffenen Frauen unter der Nummer 116 016 zur Verfügung. Die [zentrale Notaufnahmestelle der Hamburger Frauenhäuser „24/7“](https://zentrale-notaufnahmestelle.hamburg.de) ist rund um die Uhr unter der Nummer 040 / 8000 4 1000 erreichbar

und die erste Anlaufstelle für schutzsuchende Frauen in Hamburg. Die 24/7 vermittelt von Gewalt betroffene Frauen an die Hamburger Frauenhäuser weiter.

Rede in der Bürgerschaft am 26. November zum Zentrum für Teilhabe

Ich habe in der Bürgerschaftssitzung zum Haushaltsantrag (Drucksache 23/2063) Zentrum für Teilhabe geredet, das die Unterstützung von Menschen mit Behinderung ab 2026 vereinfachen, beschleunigen und verstärken wird. Hier der [Link](#) zur barrierefreien Wiedergabe des Redebeitrages.

Mit unserer Zustimmung zum Senatsantrag haben wir die finanziellen und personellen Voraussetzungen für diesen großen Schritt für mehr Inklusion in Hamburg geschaffen.

Barrierefreie Bushaltestellen: Pilotprojekt für serielle Bauweisen soll Ausbau beschleunigen

Mehr Bushaltestellen barrierefrei auszubauen, ist ein zentrales Ziel des Koalitionsvertrages von SPD und Grünen. Als Grundlage für die Planung wurde der hvv mit einer Vollerhebung aller Bushaltestellen-Teilbereiche im Verkehrsgebiet beauftragt. Aus der Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Ole Thorben Buschhüter (SPD) und Rosa Domm (Grüne) geht nun hervor, wo Handlungsbedarf besteht und wie der Ausbau strategisch umgesetzt werden kann (siehe Anlage). Dafür sollen besonders dringliche Haltestellen priorisiert und insbesondere dort, wo bereits ein Großteil des Haltestellenbereichs barrierefrei ist, die Verfahren beschleunigt werden. Zudem soll ein Pilotprojekt für serielle Bauweisen den barrierefreien Umbau im Bestand schneller und effizienter machen.

Dazu Ole Thorben Buschhüter, unser verkehrspolitischer Sprecher:
„Barrierefreiheit ist ein zentraler Pfeiler der Mobilitätswende. Dabei geht es vor allem darum, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können und unabhängig von A nach B zu kommen. Betroffene und Verbände von Menschen mit Sinnes- und Mobilitätseinschränkungen sind daher als Expert:innen eng in die Planungen eingebunden. Mit der Vollerhebung wissen wir jetzt genau, wo wir stehen und wo wir ansetzen müssen. In den letzten Jahren lag der Fokus vor allem auf dem barrierefreien Ausbau des Schnellbahnnetzes, der im nächsten Jahr bis auf 3 Haltestellen abgeschlossen sein wird. Jetzt müssen wir uns auf die Bushaltestellen konzentrieren. Neue Haltestellen werden immer von vornherein barrierefrei gebaut, doch im Bestand sind von den über 4.000 Teilbereichen in Hamburg bisher nur rund elf Prozent in jeder Hinsicht barrierefrei. Das wollen wir ändern: Der Ausbau muss künftig schneller und einfacher gelingen. Die Prüfung serieller Bauweisen an 25 Haltestellen ist dafür ein entscheidender Schritt. Wenn sich der Ansatz bewährt, sollte das serielle Bauen schnellstmöglich zum Standard werden – damit Hamburgs Busnetz für alle zugänglich wird.“

Eine neue Oper für Hamburg - Siegerentwurf wurde veröffentlicht

Eine Jury aus Vertreter*innen der Stadt, der Kühne-Stiftung und externen Expert*innen hat sich am 12. November einstimmig für den Entwurf der Bjarke Ingels Group ausgesprochen. Der Entwurf sieht ein herausragendes Opernhaus mit einer einladenden, rundum begehbaren Dachlandschaft vor, die sich zu allen Seiten zur Elbe und in die Stadt hinein öffnet.



© BIG & Yanis Amasri Sierra, Madrid, Spain

Dr. Carsten Brosda, unser Senator für Kultur und Medien: „Das ist ein wirklich starker Entwurf, durch den eine spektakuläre Idee endlich ein Bild bekommt. BIG verschränkt Oper und Park zu einer attraktiven Gesamtkomposition. Wir werden die Hamburgische Staatsoper für das 21. Jahrhundert neu denken und einen spektakulären Ort für alle schaffen. Ich bin der Kühne-Stiftung für diese einmalige Chance dankbar und freue mich darauf, sie Wirklichkeit werden zu lassen.“

Energiewende für alle: Zur Miete wohnen und von günstigem Solarstrom profitieren

Auch wer in einer Mietwohnung lebt, kann günstigen, erneuerbaren Strom beziehen. Sogenannte Mieterstrommodelle ermöglichen es, unkompliziert Solaranlagen zu installieren, sind aber noch vielen Menschen unbekannt. Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen wollen deshalb Vermieter*innen, Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungseigentümer-Gemeinschaften stärker über die Vorteile von Mieterstrommodellen informieren. Zudem soll der Abbau unnötiger Bürokratie bei neu errichteten Solaranlagen in Kombination mit

Batteriespeichern geprüft werden. Über das rot-grüne Vorhaben entscheidet die Hamburgische Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 26. November.

Dazu Alexander Mohrenberg, unser klima- und energiepolitischer Sprecher: „Hamburg macht beim Solarausbau große Schritte – die Energiewende muss allerdings auch sozial funktionieren. Gerade für die vielen Mieter:innen in unserer Stadt ist günstiger, lokal erzeugter Strom ein wichtiger Beitrag zu bezahlbarem Wohnen. Modelle wie Mieterstrom und gemeinschaftliche Gebäudeversorgung ermöglichen genau das und sorgen dafür, dass nicht nur Eigentümer:innen von der Energiewende profitieren.“

Damit künftig mehr Vermieter:innen diesen Weg gehen, brauchen wir bessere Informationen für Vermieter:innen und weniger Hürden bei der Umsetzung. Dazu gehört auch, technisch überholte Vorgaben wie die starre 20-kWh-Grenze bei Batteriespeichern zu überprüfen. Sicherheit bleibt zentral – aber wir dürfen den Ausbau erneuerbarer Energien nicht durch unnötige Bürokratie ausbremsen. So schaffen wir eine Energiewende, die praktisch funktioniert und allen Hamburger:innen zugutekommt.“

Deutschland muss barrierefrei werden: Reform des Behinderten- gleichstellungsgesetzes nutzen

Die lang erwartete Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) nimmt endlich an Fahrt auf. Dazu hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Referentenentwurf vorgelegt. Britta Schlegel, Leiterin der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte, erklärt:

„Wir freuen uns, dass die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes endlich vorankommt. Sie bietet die Chance, große Fortschritte in Richtung Barrierefreiheit zu erzielen. Inklusion und Barrierefreiheit zeichnen eine moderne Gesellschaft aus. Eine Gesellschaft mit Barrieren ist hingegen weder wirtschaftlich noch kundenfreundlich. Auch angesichts des demografischen Wandels können wir uns Barrieren nicht länger leisten.“

Ein entscheidender Schritt auf diesem Weg ist es, auch private Akteure zu Barrierefreiheit zu verpflichten. Bürger sollten Anspruch auf Entschädigung haben, wenn Vorgaben nicht erfüllt werden, und die Klagemöglichkeiten müssen verbessert werden, etwa durch die Stärkung des Verbandsklagerechts. Leider bleibt der Referentenentwurf in diesen Punkten deutlich hinter unseren Erwartungen zurück und muss nachgebessert werden.“

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat ein Eckpunktepapier veröffentlicht. Es enthält konkrete Empfehlungen zur Stärkung des Diskriminierungsschutzes im Behindertengleichstellungsgesetz.

WEITERE INFORMATIONEN

[Deutsches Institut für Menschenrechte \(2025\): Gesetzlichen Diskriminierungsschutz für Menschen mit Behinderungen endlich verbessern. Formulierungsvorschläge für ein reformiertes BGG und AGG. Berlin \(Eckpunktepapier\).](#)

Adventsbasar in der Tagesförderstätte der Lebenshilfe



Am 22. November habe ich den Adventsbasar in der Tagesförderstätte des Lebenshilfe Werks in Sasel besucht. Herzlichen Dank an die Leiterin Frau Schmidt und ihr Team.

Was leisten Tagesförderstätten für Menschen mit Behinderung? Sie bieten nicht nur Betreuung, sondern echte Entwicklungschancen:

- Förderung von Selbstständigkeit
- Stärkung sozialer Fähigkeiten
- Sinnvolle Beschäftigung und Arbeit & Erfolgserlebnisse
- Individuelle Förderung
- Struktur und Orientierung im Alltag
- Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Tagesförderstätten schaffen Räume, in denen Menschen mit komplexen Behinderungen wachsen können.

Tag der Religionen 2025: Hamburg setzt Zeichen für interreligiösen Dialog

Hamburgs Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher hat Vertreterinnen und Vertreter des Runden Tisches der Religionen im Rathaus empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Förderung des interreligiösen Dialogs sowie die Würdigung des sozialen Engagements der Religionsgemeinschaften. Auch aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen wie Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und Extremismus sollen thematisiert werden.

Dr. Peter Tschentscher, unser Erster Bürgermeister: „In Hamburg leben Menschen aus über 180 Nationen mit unterschiedlichsten Glaubensrichtungen und Weltanschauungen zusammen. Die Vielfalt und Weltoffenheit der Stadtgesellschaft stärken Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur und bereichern das Leben in der Hansestadt. Sie erfordern zugleich Respekt, Toleranz und Rücksicht gegenüber den Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Der interreligiöse Dialog ist ein wichtiger Beitrag zum wechselseitigen Verständnis und guten Miteinander der Religionen. Mit ihrem sozialen Engagement, mit ihrer klaren Haltung gegen Extremismus und Diskriminierung tragen die Kirchen und Religionsgemeinschaften sehr zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und solidarischen Miteinander in unserer Stadt bei.“

Im Anschluss hat der Chef der Senatskanzlei, Staatsrat Jan Pörksen, die Mitglieder des Runden Tisches und zahlreiche weitere Gäste zu einem Senatsempfang begrüßt. In diesem Jahr hat sich der Empfang insbesondere der religiösen Vielfalt in Schulen sowie dem in Hamburg etablierten „Religionsunterricht für alle“ gewidmet.

Der Runde Tisch der Religionen

Der Runde Tisch der Religionen ist ein 1998 gegründetes bundesweites Forum, das sich für die Verständigung und Toleranz zwischen den Religionsgemeinschaften einsetzt. Gemeinsam mit dem Interreligiösen Forum Hamburg als lokalem Partner richtet der Runde Tisch im Jahr 2025 den Tag der Religionen in Hamburg aus. In diesem Rahmen fanden verschiedene Veranstaltungen zum interreligiösen Dialog statt, darunter ein Austausch des Runden Tisches mit Schülerinnen und Schülern sowie Religionslehrkräften des Kurt-Körber-Gymnasiums.

Trinkwasserspender – Wasser-Refill Stationen für Wandsbek

Kostenfrei verfügbares Trinkwasser im öffentlichen Raum hat gleich mehrere positiven Effekte: Es schützt die Gesundheit, insbesondere an heißen Sommertagen, fördert umwelt-freundliches Verhalten durch die Nutzung von Mehrwegflaschen, verbessert die Aufenthaltsqualität und trägt zur sozialen Daseinsvorsorge bei. Obdachlose und bedürftige Menschen benötigen freien Zugang zu Wasser nicht nur in langen Hitzeperioden sondern das ganze Jahr über für die Wasserversorgung und Hygiene (Zahnpflege).

Kürzlich wurden 54 öffentliche Trinkwasserbrunnen im Hamburger Stadtgebiet wieder in Betrieb genommen. Diese Brunnen werden von Hamburg Wasser und der Stadtreinigung Hamburg betrieben. Darüber hinaus sollen weitere Trinkwasserspender aufgebaut werden. Für den Bezirk Wandsbek sollen Konzepte entwickelt werden, um eine flächendeckende Trink-wasserversorgung in ganz Wandsbek zu erreichen. Eine preiswerte und pragmatische Möglichkeit für die Versorgung mit Trinkwasser ist z.B. die Errichtung von Wasser-Refill-Stationen ist die Nutzung von vorhandener Infrastruktur (Trinkwasserleitungen und ggf. Drainage) an Gebäuden.

Julia Funk, Sprecherin Klima und Umweltschutz der Wandsbeker SPD-Fraktion: „Aufgrund der immer heißeren Sommertage ist der Ausbau der verfügbaren Trinkwasserspender in Hamburg und in unserem Bezirk Wandsbek notwendig. Eine Herausforderung beim Ausbau sind die

teilweise hohen Kosten einiger Trinkwasserspendermodelle. Daher sind kreative Ansätze gefragt, um den Ausbau zu vereinfachen. Ein Beispiel für diesen kreativen Ansatz zeigt die Refill-Station am CaFée mit Herz in St. Pauli. Die Wasserstation nutzte die bereits vorliegende Trinkwasserleitung des Gebäudes und zeigt beispielhaft, dass auch an anderen öffentlichen Gebäuden die vorhandenen Trinkwasserleitungen für diese Refill-Stationen genutzt werden können. Somit ist der Ausbau dieser KIWA/WRAS-zertifizierten Refill-Stationen kostengünstiger als bei anderen Trinkwasserspendermodellen. An diesem Beispiel wollen wir uns orientieren und möchten einen analogen Piloten in Wandsbek im Eichthalpark umsetzen. Wir wollen uns dafür einsetzen, den Ausbau von öffentlich zugänglichen Trinkwasserspendern zu erleichtern."

Hamburg verlängert Mietpreisbremse:

Senat erlässt Mietpreisbegrenzungsverordnung bis 31. Dezember 2029

Um Mieterinnen und Mieter in Hamburg vor steigenden Mieten zu schützen, hat der Senat die Mietpreisbegrenzungsverordnung für das gesamte Stadtgebiet mit einer Geltungsdauer von vier Jahren neu erlassen. Grund ist der nach wie vor angespannte Hamburger Wohnungsmarkt.

Karen Pein, unsere Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen: „Die Mietpreisbremse hat sich als wirksames Instrument erwiesen, um die Hamburger Mieterinnen und Mieter bei der Neuvermietung einer Wohnung vor einem zu starken Mietenanstieg zu bewahren, solange der Wohnungsmarkt derart angespannt ist. Deshalb nutzen wir die Möglichkeit, die Mietpreisbremse bis 2029 zu verlängern. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Rahmenbedingungen für den Wohnungsneubau zu verbessern – durch die Reduktion von Baukosten, schnellere Genehmigungsverfahren und unsere hervorragende Wohnungsbauförderung im sozialen Wohnungsbau.“

Die neue Mietpreisbegrenzungsverordnung gilt ab 1. Januar 2026 weiter flächendeckend in ganz Hamburg. Sie schließt damit direkt an die geltende Verordnung an. Die Hansestadt schöpft den gesamten

Rechtsrahmen aus und erlässt die Mietpreisbegrenzungsverordnung bis zum 31. Dezember 2029. Die Mieten sind im Fall einer Neuvermietung im Regelfall auf zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt.

Der Bundesgesetzgeber hat 2015 mit dem Mietrechtsnovellierungsgesetz die Voraussetzungen für den Erlass einer entsprechenden Verordnung zur Umsetzung der Mietpreisbremse geschaffen. Am 26. Juni 2025 hat der Bundestag ein neues Gesetz zur Verlängerung der Mietpreisbremse bis Ende 2029 in angespannten Wohnungsmärkten verabschiedet. Hamburg hatte sich mit Nachdruck auf Bundesebene für eine Verlängerung der Mietpreisbremse über 2025 hinaus eingesetzt und hatte diese Forderung unter anderem in den Bundesrat eingebracht.

Seit ihrer Einführung in das Bürgerliche Gesetzbuch wurde die Mietpreisbremse stetig weiterentwickelt und die Rechte von Mieterinnen und Mietern damit gestärkt. Unter anderem wurde das qualifizierte Rügeerfordernis abgeschafft. Mieterinnen und Mieter können seitdem in vielen Fällen durch einfache Rüge einen Verstoß geltend machen und von Vermieterinnen und Vermietern zu viel gezahlte Miete bis zum Vertragsbeginn zurückverlangen – vorausgesetzt, es wird innerhalb von 30 Monaten nach Beginn des Mietverhältnisses gerügt.

Weihnachtstanne in der Rathausdiele erleuchtet



Bevor das Jahr 2025 zu Ende geht, hat unsere Bürgerschaftspräsidentin zur Erleuchtung der traditionellen Weihnachtstanne in der Rathausdiele eingeladen. Die von der Lebenshilfe Hamburg gespendete Tanne sorgt in der Rathaus-Diele wieder für etwas warmes Licht in der dunklen Jahreszeit.

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese **hier** kostenlos abbestellen.

Abgeordnetenbüro
Regina Jäck
Neusurenland 107
22159 Hamburg
Deutschland

040-74214997

